

# Die Saubermacher

## Wie der Hotline-Verbund INHOPE gegen Kinderpornografie im Internet vorgeht

Stefan Krempf

Der gängige Surfer wird bei seinen Datenreisen durch das Netz vermutlich nie mit Bildern sexuellen Kindesmissbrauchs konfrontiert. Wer trotzdem auf Kinderpornografie oder andere illegale Inhalte stößt, kann eine Eingabe an nationale Beschwerdestellen richten. Wenn sich die missliebigen

Fundstücke auf Servern im Ausland befinden, erfolgt der Informationsaustausch über das internationale Hotline-Netzwerk INHOPE (International Association of Internet Hotlines). Es setzt sich weltweit für das Löschen von Missbrauchsbildern ein und hat dabei bereits viele Erfolge zu vermelden.



inhope.  
a safer internet since 1999

Es ist nicht immer leichter Tobak, was die zwei fest angestellten Begutachter der Beschwerdestelle bei der Freiwilligen Selbstkontrolle Multimedia-Diensteanbieter (FSM) in Berlin Tag für Tag zu sehen bekommen. „Die Bilder, die man dort teils zu Gesicht bekommt, gehen an einem nicht spurlos vorbei“, weiß Imme Pathe, Justiziarin der Selbstregulierungseinrichtung. Trotzdem erfolge eine „kontinuierliche“, gegebenenfalls psychologisch betreute Arbeit an der Hotline. Bei der FSM kämen hier nur Volljuristen zum Einsatz. Gehe es doch bei der Bewertung teils um knifflige rechtliche Fragen, etwa, ob eine sexuelle Darstellung Kinderpornografie oder Jugendpornografie zum Gegenstand hat. Zu beurteilen sei auch der

Grad des gezeigten sexuellen Kontakts und ob dabei die Schwelle hin zur Kinderpornografie überschritten werde.

Jeder Surfer kann sich über die Seite [www.internetbeschwerdestelle.de](http://www.internetbeschwerdestelle.de), seit 2006 gemeinsam betrieben von FSM und dem Verband der deutschen Internetwirtschaft eco, anonym an die Prüfer wenden, wenn er im Internet rechtswidrige Inhalte wie Kinderpornografie entdeckt oder einen entsprechenden Verdacht hegt. Die Zahl der Eingaben bei der FSM, deren Mitgliederverzeichnis sich mit Namen wie AOL, Deutsche Telekom, Google, Microsoft, Vodafone oder Yahoo wie das *Who's who* der Branche liest, ist seit Jahren kontinuierlich steigend. 2009 gingen bei ihr über die Hotline 2.180 Beschwerden ein. Bei

39 % davon handelte es sich um Bilder oder Videos mit der Darstellung sexuellen Kindesmissbrauchs. 21 % entfielen auf allgemein „jugendgefährdende Inhalte“, 12 % auf Pornografie und 5 % auf rechtsradikale Seiten. 16 % der Hinweise stellten sich als unbegründet heraus. Zum Vergleich: 2008 nahm die FSM 1.835 Beschwerden entgegen, von denen sich 26 % auf Kinderpornografie bezogen. Im Jahr zuvor meldeten Nutzer 1.479 verdächtige Inhalte, von denen sich 23 % als sexuelle Missbrauchsbilder entpuppten.

Machen die FSM-Experten Kinderpornografie aus, ermitteln sie zunächst den vermutlichen Serverstandort. Dies erfolgt über eine Analyse der hinter einer URL stehenden IP-Adresse. Außerdem wird die sogenannte „Whois“-Abfrage durchgeführt, über die sich der Registrant für die genutzte Domain herausfinden lässt. In jedem Fall leiten die FSM-Mitarbeiter Eingaben über sexuelle Missbrauchsbilder an die zuständige Polizeibehörde, das Bundeskriminalamt (BKA) in Wiesbaden, weiter. Dieses leitet eigene Ermittlungen ein oder kontaktiert direkt kooperierende Strafverfolgungsstellen in den ausgemachten Ländern oder das zentrale Netzwerk Interpol.

Laut einer Studie des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages könnte das BKA auf dem kleinen Dienstweg auch betroffene Provider direkt über die brisanten Funde informieren. Den Wiesbadener Ermittlern ist dies aber meist zu heikel. Deutsche Zugangsanbieter würden sich ihrer Ansicht nach auch nicht glücklich zeigen, wenn das FBI plötzlich bei ihnen intervenierte. Insgesamt würde sich Pathe mehr Rückmeldungen über den Erfolg der Bemühungen des BKA aufgrund von Meldungen durch die Internet-Beschwerdestelle wünschen. Entsprechendes Echo würde das Erfolgserlebnis bei der FSM stärken.

### **Das Internet kennt keine Grenze – weltweite Zusammenarbeit im Kampf gegen illegale Inhalte**

Generell bemüht sich die Wirtschaft, das Problem der Verbreitung rechtswidriger Inhalte über das Netz in Eigenregie anzugehen. So meldet die deutsche Internet-Beschwerdestelle Hinweise etwa auf Kinderpornografie auch Hotlines aus dem Dachverband INHOPE. Leitgedanke des 1999 gegründeten und durch die EU mit Fördermitteln unterstützten Verbunds INHOPE ist, dass das Internet keine Grenzen kennt und daher auch die Bekämpfung international als rechtswidrig eingestuft Inhalte möglichst weltweit erfolgen sollte. So scheint es wenig Erfolg versprechend, wenn etwa die deutsche Beschwerdestelle direkt versuchen würde, gegen Kinderpornografie auf einem russischen Server vorzugehen und auf deren Entfernung zu drängen. Eine Hotline vor Ort kann hier einfacher tätig werden.

An das Netzwerk INHOPE mit seiner Geschäftsstelle in Dublin angeschlossen sind derzeit 37 Hotlines in 32

Ländern. Dazu gehören Beschwerdestellen in vielen EU-Mitgliedsstaaten genauso wie in Australien, Japan, Kanada, Russland, Südafrika, Südkorea oder den USA. Im Rahmen des Netzwerks wurden 2009 insgesamt 597.350 Beschwerden bearbeitet. „Unzählige kinderpornografische Bilder und Videos sind nach der Intervention eines INHOPE-Partners bereits aus dem Netz genommen worden“, erklärt Ruben Rodriguez, Präsident der Vereinigung. Die Provider reagierten meist sehr schnell (s. a. das Interview mit Ruben Rodriguez in dieser Ausgabe, S. 7 ff.).

Auch der eco-Vorstandsvorsitzende Prof. Michael Rotert bezeichnet INHOPE als „klassische Erfolgsgeschichte“ der Selbstkontrolle der Internetwirtschaft. Insgesamt hätten die Mitglieder des Netzwerks im vergangenen Jahrzehnt mehr als 3 Mio. Beschwerden bearbeitet, geprüft und gegebenenfalls durch Kontakt zu Anbietern und Strafverfolgungsbehörden für die Löschung illegaler Onlineinhalte auch über Grenzen hinweg gesorgt. Teilweise seien „spektakuläre Fahndungserfolge und Strafverfahren durch unsere Zusammenarbeit möglich gemacht worden“, betont Rotert. Vor allem werde das Netz mithilfe der Einrichtung „stetig gesäubert“ von Angeboten, „die keiner dort sehen will“.

INHOPE-Mitglieder gehen dabei keineswegs willkürlich vor. Vielmehr verpflichten sie sich in einem *Code of Practice* zu Transparenz hinsichtlich ihrer Verfahrensweise und Bewertungsrichtlinien. Die Hotlines und ihre Mitarbeiter müssen sicherheitsüberprüft und geschult sein sowie nachweisen, dass sie eng mit Strafverfolgungsbehörden und Internetunternehmen ihres Landes zusammenarbeiten. Halbjährliche Mitgliedertreffen sorgen dafür, dass Informationen über die Arbeitspraxis ausgetauscht und Fallbeispiele mit Modellcharakter die Runde machen. Zugleich wird über potenzielle Neuzugänge gesprochen und geklärt, ob diese den Anforderungen zum Anschluss an das Netzwerk genügen.

### **Weiterer Bedarf an Beschwerdestellen – Mangel an finanziellen Mitteln in Schwellenländern**

Prinzipiell setzen sich die bisherigen Mitglieder und die INHOPE-Spitze für eine ständige Erweiterung des Verbunds ein. Vor allem in Afrika, Asien sowie Süd- und Mittelamerika gilt es noch Lücken zu schließen. Doch selbst wenn es in Ländern dieser Regionen bereits nationale Hotlines gibt, sind die Trägerstrukturen der dahinter stehenden Einrichtungen manchmal unklar.

Nicht zuletzt mangelt es Beschwerdestellen gerade in Schwellenländern an den finanziellen Mitteln, um die Mitgliedsbeiträge für den Anschluss an INHOPE zu zahlen. Staatliche Zuschüsse für entsprechende privatwirtschaftliche Einrichtungen sind dort selten zu bekommen, während die EU nach wie vor 50 % der Kosten von Beschwerdestellen in ihren Mitgliedsstaaten übernimmt

und die jährliche Fördersumme für die FSM im vergangenen Jahr rund 95.000 Euro betrug. Das heißt aber nicht, dass die Bemühungen zum Löschen von Kinderpornos nicht bis in Länder ohne direkten Hotline-Kontakt reichen. In solchen Fällen werden die zuständigen Polizeistellen von INHOPE über Fundorte in Kenntnis gesetzt.

„Dieses Verfahren hat sich bewährt“, konstatiert Alexandra Koch, die bei eco die Arbeit der Beschwerdestelle leitet. Der Providerverband kümmert sich im Rahmen der Arbeit der Hotline um Spam sowie sexuelle Missbrauchsbilder in Newsgroups, Mailboxen oder in Peer-2-Peer-Netzwerken. Insbesondere bei kinderpornografischen Inhalten müsse die Täterermittlung allerhöchste Priorität haben, erläutert Koch. Neben der Entfernung der inkriminierten Dateien werde damit die Verfolgung organisierter Kriminalität gewährleistet. Die seit Mai 2009 fortgeschriebene Statistik des eco verzeichne für in Deutschland gehostete kinderpornografische Angebote eine Erfolgsquote von 100 %. Die Herunternahme erfolge hier jeweils binnen Stunden oder Minuten. Im Ausland vorgehaltene Inhalte seien zu 50 % binnen fünf Tagen, zu 93 % binnen zwei Wochen und der Rest in der Folgezeit offline. Mittelfristig bleibt laut INHOPE-Vertretern auch jenseits der deutschen Grenzen keine einzige gemeldete einschlägige Domain online.

Den Betreibern der Beschwerdestellen ist zudem klar, dass sich zwischen ihnen und den Anbietern von Kinderpornografie manchmal ein Katz-und-Maus-Spiel entwickelt: Kaum sind die inkriminierten Inhalte von einem Server herunter, tauchen sie an anderer Stelle wieder auf. Die Jagd geht daher vorerst immer weiter, auch wenn die Spielräume für die Verbreitung von Kinderpornos enger werden durch die intensivere Kooperation der INHOPE-Mitglieder. „In der Zusammenarbeit mit den USA konnten wir seit Ende letzten Jahres erfreulicherweise deutliche Fortschritte erzielen“, gibt Koch ein Beispiel. „Wir arbeiten innerhalb des Netzwerks von Beschwerdestellen derzeit intensiv daran, die Prozesse noch weiter zu verbessern.“

#### **Auf dem Weg zu einer effizienteren Zusammenarbeit – die Einrichtung der zentralen INHOPE-Datenbank**

Teil der Bestrebungen, schlagkräftiger zu werden, ist der seit Ende vergangenen Jahres von der EU finanziell unterstützte Aufbau einer zentralen Datenbank zu den Fundorten gemeldeter Kinderporno-Dateien. Das sich derzeit in der Testphase befindliche Computersystem soll vorrangig dazu dienen, eine noch effizientere Bearbeitung von Beschwerden sicherzustellen. Der Verbund will mit der Datei laufend fundierte Informationen über die Speicherorte von Kinderpornografie an der Hand haben. Bisher würden einschlägige Webadressen noch häufig zwischen Beschwerdestellen hin und her versandt, wenn

sich etwa herausstelle, dass der Server doch nicht in einem bestimmten Land zu finden sei, erklärt Rodriguez die Funktionsweise. Mit dem neuen, nach außen gut abgeschirmten Register könnten die Informationen automatisch und viel schneller im Netzwerk bekannt gemacht werden.

Hierzulande setzt die schwarz-gelbe Regierungskoalition in ihrem Arbeitsplan auf die Stärkung der Hotline-Kooperation zum Entfernen illegaler Inhalte. „Löschen statt sperren“, lautet die Devise von CDU/CSU und FDP im Kampf gegen Kinderpornografie. Das Bundesjustizministerium und das Innenressort hatten sich im Februar auch darauf geeinigt, mit einem „Löschesgesetz“ die Mechanismen zum Entfernen der Dokumentationen sexuellen Missbrauchs aus dem Netz effizienter zu gestalten. Dabei soll nach Angaben liberaler Bundestagsabgeordneter die Stellung von INHOPE und nationaler Beschwerdestellen weiter ausgebaut werden, um das unerwünschte Material schneller als über den Dienstweg der Strafverfolgungsbehörden aus dem Netz zu bekommen. Die Union will sich dagegen den Weg für die umstrittenen Sperren kinderpornografischer Webseiten als Ultima Ratio offenhalten. Diese Linie findet sich auch im Vorstoß der EU-Kommission für eine Richtlinie zur besseren Bekämpfung von Kinderpornografie, der bei einer ersten Aussprache im Innenausschuss des EU-Parlaments im Frühjahr allerdings heftig umkämpft war.

Dr. Stefan Krempl arbeitet als freier Autor in Berlin. Der Kulturwissenschaftler publiziert regelmäßig in Magazinen, Zeitungen und Onlinediensten über politische, rechtliche und kulturelle Themen rund um das Internet sowie Informationstechnik. Er betreibt mehrere Weblogs.

